

Nachdem die von 2002 bis 2008 in Gefangenschaft der FARC befindliche kolumbianische Politikerin Ingrid Betancourt den kolumbianischen Staat auf 15 Mrd Pesos (knapp 5 Mio EUR) verklagt hat, weil dieser angeblich nicht genügend für ihre Sicherheit gesorgt hätte, erhebt sich ein Sturm der Ablehnung in der kolumbianischen Presse und der Öffentlichkeit.

Das Wochenmagazin SEMANA brachte am 12.7.2010 die Titelstory:

Schändlich

Die absurde Forderung von Ingrid Betancourt gegen den Staat ist politischer Selbstmord und ist juristisch nicht haltbar.

Das politische Leben Ingrid Betancourts war immer gekennzeichnet durch die Überraschungen für die öffentliche Meinung. Dieses Talent nützte ihr in ihren Wahlkämpfen, wenn sie zum Beispiel Kondome und Viagra verteilte, und auch für ihre denkwürdigen Debatten im Senat gegen die politische Korruption, z.B. anlässlich der Beschaffung von Gewehren des Typs Galil durch die Armee. Auch gab es einen wirkungsvollen Hungerstreik.

Nach ihrer Entführung am 23. Februar 2002 lösten Berichte über die Grausamkeit der Gefangenschaft, über ihre Beziehungen zu anderen Gefangenen und schließlich über ihre Befreiung durch die Operation „Jaque“ der Streitkräfte Mitgefühl aus. Klar war, dass Ingrid eine Frau ist, die polarisiert. Bei ihr gibt es keine Zwischentöne, die Leute bewundern oder hassen sie, aber nie hat sie Gleichgültigkeit verursacht.

Am Freitag vergangener Woche überwog in dieser Gleichung der Hass oder wenigstens das Befremden. Die Radiosender meldeten, dass die Ex-Präsidentschaftskandidatin und ihre Familie (ihre Mutter, ihre Schwester und ihre beiden Kinder) den Staat verklagen in dem Bestreben, eine millionenschwere Entschädigung für die Entführung zu erhalten. Die Nachricht verbreitete sich schnell und löste Hunderte von Kommentaren in den Bürgernetzwerken, im Internet und in den großen Massenmedien aus. Darin drückten sich Verblüffung, Überraschung und Befremden aus. Schließlich war es doch so, wie es der linke Präsidentschaftskandidat Gustavo Petro ausdrückte: „Es war doch die FARC, die die Entführung durchführte und nicht der Staat, und dass sie heute frei ist, verdankt sie einer erfolgreichen Militäraktion und nicht einer einseitigen Freilassung durch die FARC“.

In einem Kommuniqué informierte der Verteidigungsminister, dass die Familie Betancourt über den Rechtsanwalt Juan Gabriel Devis Morales beim Obersten Verwaltungsgericht die Veranlassung eines außergerichtlichen Ausgleichs mit zwei staatlichen Institutionen gefordert hat: Den Ministerien der Verteidigung und des Innern. Das Gesetz bestimmt, dass der Vorschlag eines direkten Ausgleichs ein Rechtsmittel ist, das dem einer formellen Forderung vorgelagert ist. Die Erwartungen der Fordernden belaufen sich auf 15,43 Mrd Pesos (rd. 5 Mio EUR, A.d.Ü.), die sich aufteilen in 5,83 Mrd in Entschädigungen für Ingrid selbst zugefügte Schädigungen und in 9,6 Mrd Pesos für Schädigungen ihrer nächsten Angehörigen. Darunter sind auch Kompensationen für moralische Schäden und für die Ausfälle von Einnahmen, die der Entführten während der 3320 Tage ihrer Gefangenschaft entgangen sind.

Die Episode ist voller Ironie. Am 2. Juli 2010 war der 2. Jahrestag der Operation „Jaque“ und das Verteidigungsministerium inszenierte eine eindrucksvolle Zeremonie zur Erinnerung. Dabei war anwesend der größte Teil der damals befreiten 14 Personen, einschließlich der drei US-Bürger, aber der Star war zweifellos Ingrid Betancourt. Die Kolumbianer hatten sie praktisch nicht mehr im Land gesehen, seit sie eine Nacht nach ihrer Befreiung nach Frankreich reiste und danach mit der Aura der Heldin die ganze Welt bereiste. Daher erregte ihre Anwesenheit Bewunderung und ihre Worte, mit denen sie die große Wertschätzung für die Rettung durch die Streitkräfte und für Präsident Uribe erneut ausdrückte, auf den sie sich stets mit herzlicher Dankbarkeit bezogen hatte. In den vergangenen zwei Jahren war die frühere Gefangene immer kohärent und konsistent in ihren Erklärungen gewesen, worin sie vom ersten Tag in Freiheit die Befreiungsaktion des Militärs als „perfekt“ bezeichnet hatte.

Niemand konnte sich ausmalen, dass zwei Tage vor ihrem Besuch Ingrid Betancourt eine Klage gegen den kolumbianischen Staat eingereicht hatte. Diese Haltung irritierte, nicht nur durch ihre Widersprüchlichkeit, sondern vor allem weil sie den Staat für einen kriminellen Akt der FARC verantwortlich machte- eine Herausforderung der Logik. Die Forderung basiert auf zwei Hauptargumenten. Das erste besteht darin, der Staat habe ihr als offizieller Präsidentschaftskandidatin am Tag der Entführung nicht genügend Schutz bereit gestellt auf ihrer Reise nach San Vicente de Caguán, und das zweite Argument besteht darin, man habe nicht genügend Anstrengungen unternommen, ihre Befreiung oder Freilassung zu erwirken. Keines der beiden Argumente erscheint haltbar. Der Vorwurf mangelnden Schutzes durch den Staat überzeugt nicht. Man muss sich erinnern, dass Ingrid eine Wahlkampfveranstaltung in San Vicente durchführen wollte, weil der dort gewählte Bürgermeister ihrer politischen Gruppierung angehörte. Dabei hatte drei Tage vor der Reise der damalige Präsident Andrés Pastrana den Friedensprozess für beendet erklärt und die Einräumung eines Gebiets von 42000 km² für die FARC aufgehoben. Die FARC befand sich auf dem Rückzug, das Heer gewann nach und nach das Gebiet zurück, und alle wussten, dass die Sicherheitsbedingungen sehr prekär waren.

Andere Kandidaten, z. B. Horacio Serpa, planten ebenfalls nach San Vicente zu reisen, mussten aber die Reisen absagen, als die Regierung Pastrana über ihren Friedenskommissar Camilo Gómez sie gewarnt hatte, man könne nicht für ihre Sicherheit garantieren und sie gebeten hatte, von den Reisen abzusehen, „nicht nur, weil wir uns nicht an der politischen Kampagne beteiligen wollten, sondern auch, weil der Krieg wieder aufgeflammt war und die Zone offensichtlich gefährlich war“, wie Gómez gegenüber SEMANA erklärte.

Im Fall von Ingrid, so erzählt es Clara Rojas (Wahlkampfmanagerin von Betancourt, A.d.Ü.) in ihrem Buch „Gefangenschaft“, kamen am bewussten 23. Februar 2002 sie und Ingrid um 9 Uhr auf dem Flughafen von Florencia an, mit dem Ziel, zu Lande nach San Vicente weiterzufahren. Dort sagte man ihnen, sie könnten eventuell in einem der Hubschrauber mitfliegen, die Präsident Pastrana begleiteten. Während sie warteten, traf Pastrana ein, ging an ihnen vorbei und bestieg mit anderen Personen einen der Hubschrauber ohne etwas zu sagen.

Camilo Gómez erinnert sich, dass auf dem Flughafen von Florencia man durch einen Offizier Ingrid mitteilen ließ, dass das Risiko einer Reise sehr hoch sei. Hierüber existiert ein Vermerk, unterschrieben vom Vizekommandeur der Polizei von Caquetá Omar Rubiero, dem Kommandeur der Schutzstaffel des Geheimdienstes DAS Alberto Fajardo... und zwei Personenschützern. In dem Vermerk ist festgehalten, dass man über die bestehenden Risiken informierte, über die gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Tage und über die Drohungen der FARC gegenüber jedem Fahrzeug, das sich in Richtung San Vicente bewegen würde.

Clara Rojas erwähnt diese Warnungen in ihrem Buch nicht, aber sie berichtet, der DAS in Florencia habe ihnen einen blauen Pick-up zur Verfügung gestellt (auch der DAS erwähnt dies), jedoch ohne Sicherheitspersonal, und der Hauptmann, der für Ingrids Sicherheit abgestellt war, sagte ihnen, er und die Bodyguards würden sie nicht begleiten. Auch eine französische Journalistin, ihre Dolmetscherin und der Pressechef der kolumbianischen Grünen blieben zurück.

Der Polizeihauptmann half dabei, weiße Fahnen und Wahlplakate an dem Fahrzeug anzubringen. Fünf Personen brachen auf : Die Kandidatin, Clara Rojas, ein französischer Journalist, sein Kameramann und der Fahrer. Die Polizei begleitete sie bis an den Stadtrand von Florencia. Die Straße war leer, und sie kamen an einen Kontrollposten des Heeres. „Sie informierten uns, dass in der Gegend keinerlei Kampfhandlungen stattfänden, aber sie warnten Ingrid, es sei riskant weiterzufahren, und sie täte das ausschließlich in eigener Verantwortung“.

Die Kontroverse über die Schuldzuweisung für die Entführung brach vom ersten Moment an los. Während die Minister der Justiz und des Innern erklärten, Ingrid sei die Auslöserin der Geschehnisse, reagierte ihre Partei zornig: „Wir fordern von der Regierung, sich zu ihrer Verantwortung zu bekennen.....denn es war ihre Nachlässigkeit, dass die Kandidatin auf dem Landweg nach San Vicente de Caguán reisen musste“. Ingrid selbst wiederum betont manchmal diese Verantwortung, manchmal auch nicht. In einem Lebensbeweis erklärte sie, „man hat der Öffentlichkeit gesagt, wir seien verantwortungslos und unvorsichtig gewesen und deswegen seien wir selbst schuld, entführt worden zu sein. Das zeigt große Grausamkeit oder große Ignoranz.....“. Sicher ist aber, dass trotz dieser Erklärung, wenn man die Abläufe genauestens aufschlüsselt, es offensichtlich ist, dass man mehr Warnungen vor den Risiken der Reise nicht aussprechen konnte und alles was danach geschah, ihre Ursache in Ingrids Entscheidung hat, die sie gegen alle Auffassungen der Behörden der Region und der Zentralregierung getroffen hat.

Das zweite Argument bezieht sich auf die sechs Jahre, die die Gefangenschaft dauerte. Ingrid Betancourt, ihre Mutter, ihre Schwester und ihre Kinder sind der Ansicht, der Staat habe nicht alles in seiner Macht stehende getan, sie zu befreien, und diese Unterlassung habe die Tragödie verlängert und die Schäden verschlimmert. Diese Anschuldigung ist nicht weniger absurd als die erste. Wahrscheinlich gab es in der kolumbianischen Geschichte keine andere Entführung, die mehr Aufmerksamkeit der Regierung hervorgerufen hat. Der internationale Druck –vor allem Frankreichs- und die Anstrengungen der Regierung Uribe, die FARC zu bekämpfen, machten die Befreiung Ingrids zu einer wahrhaften Priorität. Deswegen akzeptierte Uribe die Bitte von Präsident

Sarkozy, Rodrigo Granda freizulassen, den sogenannten Außenminister der FARC. Deswegen wurden französische Militärflugzeuge im Amazonasurwald stationiert in der Annahme, man könne Ingrid nach einer humanitären Freilassung ausfliegen..... Welche Verantwortung kann ein Staat noch übernehmen, der solche Zugeständnisse macht, um Ingrid Betancourt in Freiheit zu bringen?

In der Realität entwickelte sich während der langen Gefangenschaft eine anhaltende Debatte darüber, ob die Regierung Uribe ein humanitäres Abkommen aushandeln oder aber eine militärische Befreiungsaktion in die Wege leiten sollte. Betancourts Mutter führte eine laute und andauernde Kampagne in Kolumbien und im Ausland, in der sie die Regierung Uribe aufforderte, von einer Militäroperation abzusehen wegen des damit verbundenen Risikos für ihre Tochter. Dagegen rief sie auf zu Verhandlungen über eine gegenseitige Freilassung Entführter und Guerrilleros in Haft bzw. in Strafprozessen wegen verschiedenster Delikte.

Diese Einstellung, vollkommen verständlich aus der Sicht einer Mutter, kann man jedoch nicht einer Regierung aufzwingen, die aus Staatsräson handeln muss, die den gleichen Rang hat wie die Gründe von Angehörigen. Jeder Staat kann eine Politik verfolgen, nicht mit Terroristen oder anderen illegalen Gruppen zu verhandeln, gerade um Austausch zu vermeiden, die in einen Teufelskreis führen können, der zu erneuten Entführungen Anreize schafft. Dies war die Haltung vieler Staaten, die sich über Jahrzehnte des Terrorismus erwehren mussten, wie Israel oder die USA.

Präsident Uribe lehnte Verhandlungen mit der FARC über einen Gefangenenaustausch ab, weil er der Meinung war, wenn er diese akzeptierte, trüge er dazu bei, dass sich die Auffassung verfestigte, die Entführung von Politikern oder Militärs erreiche die kriminellen Zielsetzungen, die die Entführer anstreben und somit in letzter Konsequenz zu weiteren Entführungen anrege. Dazu kann man anderer Ansicht sein, aus politischer oder ideologischer Sicht, aber aus juristischer Sicht kann man nicht argumentieren, dass der Versuch, Entführungen unattraktiv zu machen, ausgerechnet zum Gegenteil führt, nämlich zur Ausführung einer Entführung.

Das Argument, eine Entführung durch die Guerrilla falle unter die Verantwortlichkeit des Staates, taugt also wenig, wie auch das Beispiel eines Vorfalls perfekt zeigt, der sich genau einen Tag vor der Entführung Ingrids und Claras ereignete. An diesem Tag urteilte ein deutsches Gericht, dass die Kosten der Operation zur Befreiung einer deutschen Staatsbürgerin, die in der Ciudad Perdida entführt worden war, von ihr selbst zu tragen seien und nicht vom deutschen Staatsbudget. Die deutsche Justiz machte das Opfer Reinhilt Weigel verantwortlich, sich in ein Abenteuer im Urwald begeben zu haben und präsentierte ihr eine Rechnung über 12640 € für die Kosten des Hubschraubers, der zu ihrer Rettung nach 74 Tagen in Gefangenschaft eingesetzt wurde.

Die unwahrscheinliche Annahme der Forderung Ingrid Betancourts durch die Justiz wäre nicht nur ungerecht, sondern auch kontraproduktiv. Stellt man in Rechnung, dass in ihrem Fall mehr individuelle Verantwortung gegeben war als in fast allen anderen Entführungsfällen im Land, würde ihre Forderung im Fall des Erfolges eine Lawine von rechtlichen Schritten anderer Personen auslösen, die vielleicht mehr Berechtigung hätten, dem Staat eine Schuld zu geben.....

Alan Jara, früherer Gouverneur des Departements Meta(als Mitarbeiter der UNO von der FARC entführt, A.d.Ü.), entschied sich letzten Freitag, genauso vorzugehen wie Ingrid Betancourt. In den letzten zehn Jahren überschritt die Zahl der von der FARC Entführten die Zahl von 3000, darunter fast alle ohne jegliche persönliche Verantwortung, anders als Ingrid. So die Abgeordneten des Departements Valle de Cauca, die aus dem Parlamentsgebäude entführt wurden, als sie dort Beratungen abhielten und sich, wie man annahm, unter der Obhut der Sicherheitsorgane befanden.

Die große Frage ist, was Ingrid Betancourt beabsichtigt mit ihrer Klage und warum sie ihr Prestige riskiert mit einem solchen Spiel mit so geringen Aussichten auf Erfolg. Während ihrer Gefangenschaft hatte die Ex-Kandidatin die vorderen Plätze bei Popularitätsumfragen erreicht mit Werten, die denen Präsident Uribe und General Naranjos nahe kamen. Aber später, nach Enthüllungen über ihre Person und ihr Verhalten in der Gefangenschaft, brach der Mythos der kolumbianischen Jeanne d`Arc zusammen und wich dem Bild einer egoistischen, eigenwilligen Frau.

Gleichwohl hat Ingrid Betancourt bis heute einen Teil ihres Prestiges konserviert. Man erwartete, sie werde eines Tages in die politische Arena zurückkehren und die Wahl von Juan Manuel Santos zum Präsidenten eröffnete ihr eine große Chance. Der neue Präsident war ihr Mentor, als sie im Ministerium für Außenhandel beschäftigt war und anlässlich der Befreiungsaktion waren sie sich wieder begegnet. Die Auguren sagten voraus, Ingrid hätte Chancen, Botschafterin in Paris zu werden, was logisch erscheint aufgrund der Symbolik, die sie repräsentierte und der Würdigung, die die Franzosen ihr zuteil werden ließen. Aber was sie jetzt gemacht hat, ist ein politischer Selbstmord, der ihre Absicht, auf Dauer das Land zu verlassen, hinfällig macht.

Es ist aufschlussreich, die Zahl und den Ton der Bekundungen im Internet zu sehen, die in den letzten Tagen kursierten, um den Preis abschätzen zu können, den sie gezahlt hat. Selten zuvor gab es ein Ereignis, das so negative Reaktionen provoziert hat, und vor allem so einmütige Reaktionen. Warum hat sie das gemacht? Das ist schwer zu verstehen. Analysiert man die politischen Konsequenzen, kann man schließen, es geschah aus wirtschaftlichen Überlegungen. Aber Ingrid hat Verträge unterschrieben, die ihr fast sieben Mio US \$ sichern für die Veröffentlichung ihres Buches über die Entführung..... Die Forderung war folglich aus monetären Motiven nicht notwendig.

Das macht jedoch das Mysterium ihrer Motive noch größer, und niemand konnte bisher eine Erklärung geben. Was konnte Ingrid erwarten von einer Entscheidung, die nichts als nationales Befremden und den Verlust persönlicher Reputation produzierte und deren juristischer Erfolg keineswegs gesichert ist? Es ist ein Irrtum, der nur erklärbar ist mit der mentalen Verwüstung durch eine so inhumane und lange Gefangenschaft, die sie erleiden musste.

